



Bericht zur Kantonsratssitzung vom 26. August 2010

Die Einführung der Schweizerischen Prozessordnungen (Zivil-, Straf- und Jugendstrafprozessordnungen) wurde in zweiter Lesung verabschiedet. Allerdings wurden vorgehend einige Fragen nochmals intensiv diskutiert. Beschlossen wurde die Vereinheitlichung der Entschädigungen für Friedensrichter/innen und eine ganze Reihe von redaktionellen Präzisierungen. Abgelehnt wurden die Einräumung von Parteirechten an den kantonalen Veterinärdienst und das Kantonale Amt für Fischerei und Jagd, die Unentgeltlichkeit der Mediation und die Möglichkeit, dass Einzelrichter/innen in Ausnahmefällen die Behandlung eines Falles einem Kollegialgericht unterbreiten können. Auch wenn dieses Geschäft eher unspektakulär und technokratisch daherkommt, ist es sachlich ein Meilensein, ja eine halbe Revolution im Justizbereich. Alle kantonalen Prozessordnungen werden aufgehoben. In allen Kantonen gelten in Zukunft die gleichen Regelungen für Prozesse.

Ebenfalls genehmigt wurde in zweiter Lesung das Gesetz über soziale Einrichtungen. Beibehalten wurde die Möglichkeit, dass sich die Regierung an Pilotprojekten im Bereich Steuerung und Finanzierung beteiligen kann. Abgelehnt wurde eine halbe Stelle für Behindertenfragen. Die Schaffung eines Gesetzes über soziale Einrichtungen ist für mich schon seit mehr als zwanzig Jahren ein dringendes Thema. Von daher bin ich froh, dass dieses ab 2011 endlich in Kraft sein wird. Allerdings beginnt die eigentliche Arbeit erst jetzt. Die Umsetzung des Gesetzes wird die Direktion des Innern fordern. Die vorberatende Kommission hat klar formuliert, dass die Qualität der Einrichtungen von absolut zentraler Bedeutung ist. Den Menschen in sozialen Einrichtungen soll es gut gehen. (Es hat mich übrigens sehr gefreut, dass die Fraktion mir ermöglicht hat, diese Kommission zu präsidieren. Diese Thematik liegt mir sehr am Herzen.) Unverständlich ist, dass die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrats nicht einmal bereit ist, eine halbe Stelle zu schaffen, damit der Kanton Zug seine Informations- und Koordinationsaufgaben im Behindertenbereich besser wahrnehmen kann.

Zustimmung fanden die Auslandhilfe und die Schaffung von Sozialstellen in der kantonalen Verwaltung, allerdings in der bescheideneren Form, wie sie von der Regierung vorgeschlagen wurde, und nicht in der erweiterten Form gemäss einem Vorschlag von Bettina Egler.

Strassenbau in unterschiedlichsten Facetten nahm einen grossen Platz in den Verhandlungen ein. Gefordert war Markus Jans als unser Sprecher in Strassenbaufragen.

- Als erstes wurde in zweiter Lesung der Kredit für den Ausbau der Sinslerstrasse angenommen. Damit schenkt die öffentliche Hand den privaten Investoren in Form einer feudalen Erschliessung mehrere Millionen.

- Der KRB über das Strassenbauprogramm 2004 – 2011, welcher eine zeitliche Erstreckung um drei Jahre und eine Aufstockung um knapp hundert Millionen beinhaltet, fand eine klare bürgerliche Mehrheit. Allerdings liess sich doch feststellen, dass es auch vielen Bürgerlichen bei der Art, wie dieses Geschäft abgewickelt wird, nicht gerade wohl ist. Das Vorgehen der Regierung wurde von der Mehrheit der Votanten, teilweise mit deutlichen Worten, kritisiert. Bei jedem anderen Thema wäre diese Vorlage zurückgewiesen worden. Aber eben, Strassenbau ist heilig. So werden also, lässt man den Nationalstrassenbau weg, für den der Kanton ja nicht mehr zuständig ist, statt 112 satte 234 Millionen verbaut, also mehr als das Doppelte.
- Umstritten war der Kredit für die Brücke über die Autobahn beim Städlerwald. Die Fronten verliefen diesmal aber eher etwas seltsam. Bekämpft wurde der Kredit nämlich von der SVP und der Mehrheit der Alternativen. Der ursprünglich vorgesehene Wildtierkorridor wurde schon vor einiger Zeit aus dem Richtplan gestrichen. Die ökologische Vernetzung mittels einer breiteren Brücke ist damit das Mindeste, was in dieser Autobahn- und Strassenwüste noch getan werden kann.

Eusebius Spescha